

Beschlüsse zum Thema Familie, Kinder, Frauen

Beschluss des Landeshauptausschusses am 6. Juli 2002 in Karlsruhe

Eigenständige Alterssicherung von Frauen sichern

Die Bundespartei sowie die Bundestagsfraktion werden aufgefordert, unmittelbar nach der Bundestagswahl 2002 eine Novelle des Sozialgesetzbuches VI zu prüfen, die Frauen und Männern die Möglichkeit bietet, Rentenbeiträge auf der Grundlage von sog. Kinderberücksichtigungszeiten nachzuzahlen. Die Berechnungsgrundlage hierzu bietet § 200 SGB VI.

Die FDP/DVP-Landtagsfraktion wird aufgefordert, noch vor der Bundestagswahl 2002 eine Bundesratsinitiative zu prüfen, die Frauen und Männern die Möglichkeit bietet, Rentenbeiträge auf der Grundlage von sog. Kinderberücksichtigungszeiten. Die Berechnungsgrundlage hierzu bietet § 200 SGB VI.

Karlsruhe, den 6. Juli 2002

Beschluss des Landeshauptausschusses am 6. Juli 2002 in Karlsruhe

Familie neu denken- Liberale Familienpolitik im 21. Jahrhundert

Einleitung

Die Struktur der Familien hat sich in den letzten Jahrzehnten erheblich gewandelt. Der Prozentsatz der traditionellen Familien, unter deren Bild man ein mit Trauschein zusammen lebendes Ehepaar mit einem oder mehreren Kindern versteht, weicht immer mehr einer pluralistischen Form des Zusammenlebens. So ist die Zahl der verheirateten Paare mit Kindern gegenüber 1972 um 11,5 Prozent gefallen, gleichzeitig erfolgte ein Anstieg der Anzahl von nichtehelichen Paaren, alleinerziehenden Eltern, sowie Paaren ohne Kinder oder Alleinlebenden. Darum ist es wichtig, den Familienbegriff im bisherigem Zusammenhang abzukoppeln und die Anwesenheit von Kindern in den Mittelpunkt einer neuen Familiendefinition zu stellen. Die Liberalen teilen somit die bekannte Auffassung „ Wo Kinder sind, ist Familie “. Der Trend dieser veränderten Familienstruktur spiegelt sich im gesamten EU-Gebiet wieder und ist typisches Zeichen aller westlichen Gesellschaften. Durch die veränderten Familienstrukturen ist die bisherige Staats-Familienförderung weder auf die Bedürfnisse angepasst, noch unterstützt sie den Wunsch vieler Mütter, Familie und Beruf in Einklang zu bringen.

Kinder sind Zukunft und ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Doch die Bedingungen in unserem Land sind nicht immer kinderfreundlich. Deshalb fordert die FDP eine breitgefächerte familienpolitische Offensive. Denn: Kinder müssen als Bereicherung, nicht als Belastung der Gesellschaft wahrgenommen werden. Angesichts rückläufiger Geburtenraten mit weitreichenden gesellschaftlichen Folgen für die sozialen Sicherungssysteme und zugleich für die Zukunft der Arbeitswelt ist eine stärkere Förderung von Kindern und Familien – als Träger der Gesellschaft – das Gebot der Stunde.

Um ein Umdenken in der Gesellschaft dahingehend zu erreichen, dass Kinder in den Mittelpunkt gestellt werden und als Bereicherung angesehen werden, bedarf es großer Anstrengung, die Politik sollte hier eine Signalwirkung erzielen

Deshalb muss eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf neben der finanziellen Förderung zum zentralen Element einer wirksamen Familienförderung gemacht werden. Defizite bei der Betreuung von Kindern im Bereich von 0-14 Jahren müssen konsequent beseitigt und das Steuerrecht familienfreundlicher gestaltet werden. Insgesamt sind Familien zu oft großen Belastungen ausgesetzt, die es durch gezielte Förderung und Unterstützung zu mindern gilt.

1. Familienförderung

1.1. Kindergeld

Das Kindergeld in seiner bisherigen Form verteilt frei nach dem Gießkannenprinzip an jeden etwas und erreicht nicht die wirklich sozial Bedürftigen. Daher fordert die FDP, dass das Kindergeld, sowie alle bisherigen Freibeträge wie Erziehungsfreibetrag, Ausbildungsfreibeträge abgeschafft und zu einer einzigen direkten Förderung, dem Familiengeld, zusammengefasst werden. Eine alleinige direkte Förderung ist sinnvoller, effektiver und transparenter. Das Familiengeld eignet sich als Einstieg in die Bürgergeldkonzeption für den Bereich Familie.

1.2. Bürgergeld

Grundsätzlich darf die Gründung einer Familie nicht - wie heute - zur Armutsfalle werden. Der Armutsbericht der Bundesregierung zeigt deutlich, dass vor allem Kinder von in Deutschland herrschender relativer Armut betroffen sind. So leben 10 Prozent knapp unterhalb und ungefähr dieselbe Anzahl wenig oberhalb der relativen Armutsgrenze. Eine alleinerziehende Mutter oder alleinerziehender Vater gerät schnell in die Erwerbslosigkeit und ist somit auf Unterstützung angewiesen. Zur Überwindung dieser Armutsfalle fordern die Jungen Liberalen die Einführung des Bürgergeldprinzips. Dieses sieht eine Bündelung der bisherigen Sozialleistungen zu einer einzigen Transferleistung vor und wird von einer einzigen Behörde, dem Finanzamt, ausgezahlt. Bei Einkommen unterhalb des Existenzminimums wird dem Betroffenen eine Negativsteuer zuteil, er erhält somit eine Aufstockung seines Einkommens bis zu einer bestimmten Grenze. Liegt das Einkommen oberhalb, müssen Steuern gezahlt werden. Die Jungen Liberalen fordern, dass die Grenze, ab der man im Bürgergeldkonzept von Transferleistungen zur Steuerleistung übergeht, pro Kind deutlich zu erhöhen. Somit werden gezielt die kinder- und einkommensschwachen Haushalte gefördert, in denen der Bedarf am größten ist.

1.3. Umwandlung des Ehegattensplittings

Die FDP setzt sich für die Umwandlung des Ehegattensplittings hin zu einem Realsplitting ein. Die Förderung der Erziehung von Kindern ist dem der Trauscheinförderung eindeutig vorzuziehen. Das Ehegattensplitting benachteiligt den Wunsch der Frauen und auch Männer Familie und Beruf besser miteinander zu vereinbaren. Der Vorteil des Ehegattensplittings ist dann am größten, wenn die Einkommen der Ehepartner große Differenzen aufweisen. Deshalb muss diese Regelung abgeschafft werden.

1.4. Berücksichtigung der Erziehung in den Sozialsystemen

Auch hier urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass Eltern durch die Gründung einer Familie nicht nur durch geringere Rentenansprüche benachteiligt werden, sondern ebenfalls in den Beitragssätzen für die Pflegeversicherung.

Durch die Erziehung der Kinder können weitaus weniger Rentenansprüche geltend gemacht werden, als ein bei einem erwerbstätigen kinderlosen Paar. Gleichzeitig sind Kinder für ein umlagefinanziertes Sozialsystem wichtige und benötigte Beitragszahler. Wir fordern daher, kinderreiche Eltern bei den Beitrags- und Versorgungsansprüchen besser zu stellen, als kinderlose Paare oder Singles.

Die Jungen Liberalen fordern daher

- ?? dass die Erziehungsdauer während der Elternzeit stärker als bisher in der Rentenversicherung angerechnet wird.
- ?? die Aufhebung, der im Falle Todesfall des Partners entstehenden deutlichen Kürzungen bei den Rentenbezügen. Der volle Rentenanspruch soll weiterhin geltend gemacht werden können. Die durch die Elternzeit und durch Erwerbstätigkeit erworbenen eigenen Rentenansprüche werden in den Betrag mit einbezogen.

2. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist weiterhin vor allem für Frauen eine kaum zu bewältigende Aufgabe. Durch das mangelnde Angebot von Betreuungsplätzen ist es Frauen unzureichend möglich, nach oder schon während der Elternzeit ihren Beruf weiter auszuüben. Die für beide Partner mögliche Elternzeit wird meist nur von Frauen genutzt, lediglich 1,5 Prozent der Männer entscheiden sich für eine längere Pause. Die Gründe hierfür haben mehrere Ursachen.

Die Entscheidung für ein oder mehrere Kinder bildet oft einen entscheidenden Knick in der Karriere von Frauen. So finden sich in den 100 größten an der Börse notieren Unternehmen zu wenig Frauen im Vorstand. Die erforderliche Pause wirft sie auf der Karriereleiter weit zurück. Auch bei der Einstellung werden Männer immer wieder bevorzugt. Unternehmen entscheiden sich aufgrund der ökonomischen Risiken wie Schwangerschaft und Erziehungsurlaub gegen Frauen. Je besser zugeschnitten die Betreuungsangebote für Kinder sind, desto höher liegt die Erwerbsquote der Frauen. Die Chancen, Karriere und Beruf so weit wie möglich zu vereinbaren liegen höher, umso ausgeprägter und flexibler die angebotenen Betreuungsmöglichkeiten sind.

Angesichts zunehmenden Fachkräftemangels kann und wird die deutsche Wirtschaft auf den großen Pool hochqualifizierter Frauen, derzeit sind 56,9 Prozent berufstätig, nicht mehr verzichten können. Was wir also brauchen ist ein „gesellschaftlicher Bewusstseinswandel“, an dessen Ende die gemeinsame Kinder-Erziehung durch Elternteile von außen gewollt, möglich gemacht und mitgetragen wird.

2.1. Elternzeit

Die Einführung des Erziehungsurlaubes brachte einerseits große Fortschritte für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit sich. Auf der anderen Seite führte er zu einer eklatanten Benachteiligung der Frauen bei der Bewerbung um eine Anstellung gegenüber männlichen

Mitbewerbern, da der Arbeitgeber den Ausfall durch ein Kind immer in Betracht ziehen musste. Die Reform der Elternzeit brachte in diesem Bereich durch mehr Flexibilität enorme Verbesserungen. So wird die Dauer der Elternzeit von 36 Monaten beibehalten. Diese können wahlweise beide Elternteil in einer Aufteilung von mehreren Abschnitten bis zum 8. Lebensjahr des Kindes nehmen.

Die Jungen Liberalen fordern jedoch weitere Maßnahmen, um die Attraktivität der Elternzeit für beide Elternteile attraktiver zu machen. So soll eine Werbekampagne zur Attraktivitätssteigerung der Elternzeit für Väter gestartet werden, sowie der enge Dialog mit Firmen über eventuelle Angebote gesucht werden.

2.2. Reform der Kinderbetreuung

Im Vergleich zu den anderen EU-Ländern hat sich gezeigt, dass je besser das Angebot einer ganztägigen und flächendeckenden Betreuung von Kindern ist, desto höher ist die Geburtenrate. So bietet Frankreich eine Kinderbetreuung von 0 bis 12 Jahren an. Die Geburtenrate stieg innerhalb von 5 Jahren von 1,71 auf jetzt 1,89. Es besteht ein enger Zusammenhang von der Geburtenrate mit einem ganztägigen Kinderbetreuungs-Angebot. Deshalb bedarf es in Deutschland einer gründlichen Verbesserung der Betreuungs-Situation.

In den alten Bundesländern finden lediglich 3,1 Prozent aller Mütter einen Krippenplatz für ihre Kinder unter 3 Jahren. Im Osten sind es hingegen schon 36 Prozent. Eine Betreuung im ersten

Jahr ist für Eltern mit erheblichen Kosten verbunden. Trotz Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ist die Versorgungslage in den meisten Ländern nur zu 83 Prozent gegeben, oftmals bei schlechter Qualität. Deshalb fordern die Jungen Liberalen ein durchgängiges Betreuungsangebot für Kinder ab ihrer Geburt. Dieses soll hingegen nicht starr von 8 bis 15 Uhr angeboten werden, sondern sich zeitlich wie personell eng am jeweiligen Bedarf vor Ort orientieren. Durch die geforderten Betreuungsgutscheine wird sich der Bedarf eng an der tatsächlichen Nachfragesituation orientieren

2.2.1. Betreuungsgutscheine

Um die Möglichkeit einer flächendeckenden und ganztägigen Betreuung anzubieten, und dabei die Kosten so niedrig wie möglich zu halten, setzen sich die Jungen Liberalen für mehr Wettbewerb zwischen den Betreuungseinrichtungen und für mehr Nachfragemacht durch die Eltern ein.

Die Jungen Liberalen fordern daher, dass nicht mehr die Betreuungseinrichtungen finanziert wird, sondern stattdessen den Eltern durch die jeweilige Kommune Betreuungsgutscheine ausgestellt werden. Somit findet ein Übergang von der Objekt- zur Subjektförderung statt. Da der Bedarf an Kinderbetreuung individuell verschieden ist, sprechen sich die Jungen Liberalen ausdrücklich für die Förderung flexibler Kinderbetreuungsgutscheine aus.

Durch das System der Betreuungsgutscheine (KiTa-Card) ist die freie Wahl zwischen Krippen, Tagesmüttern, Kindergärten, Vorschul- und Krabbelgruppen oder durch die eigenen Eltern möglich. Der Betreuungsbereich darf nicht wie bislang allein in staatlicher und kirchlicher Trägerschaft bleiben, sondern muss auch privaten/betrieblichen Anbietern zugänglich gemacht werden und dem Wettbewerb um eine bestmögliche Versorgung zu forcieren.

Somit können Eltern, die für ihr Kind und zur Ausübung ihres Berufes beste und flexibelste Möglichkeit der Kinderbetreuung in Eigenverantwortung aussuchen. Der Staat schließt dabei mit den Betreuungseinrichtungen lediglich Rahmenverträge ab. Bei Einlösung der Gutscheine durch die Eltern, bekommen die Einrichtungen für den Gutschein einen entsprechenden Betrag von der Kommune. Die Rahmenverträge garantieren ein kostenneutrales Angebot. Durch den Nachfragemarkt ergibt sich ein dynamischer Vorgang, indem sowohl flexible Möglichkeiten der Betreuung angeboten werden, als auch ein qualitätssichernder Prozess eintritt.

Sollte sich einer der Elternteile entscheiden seine Erwerbstätigkeit zugunsten der Kindererziehung zeitweise aufzugeben, so können die Gutscheine auch direkt bei der Stadt oder Gemeinde eingelöst werden. Der erstattete Betrag vermindert die Differenz zu den sonst erhaltenen Erwerbseinkünften, denn immer noch sind die Einkünfte gegenüber kinderlosen Paaren, wo beide Teile erwerbstätig sind, pro Kind um bis zu 20 Prozent niedriger.

Die Erziehungsgutscheine sollen ebenfalls im Bereich der Schule gültig sein. Von der Schule angebotenen, und von den Jungen Liberalen befürwortete Nachmittagsbetreuung kann somit honoriert und gefördert werden. Durch die Nachfragesituation ergibt sich ein breites und sinnvolles Angebot von Betreuungsmöglichkeiten, dem auch das liberale Konzept der autonomen Schule gerecht wird.

Die derzeitige Anhebung von Kindergeld und Freibeträgen ist gut gemeint, wird aber in der Regel nicht als ausreichend und kann nur als Tropfen auf dem heißen Stein angesehen werden. Eine gezielte Familienförderungs politik muss sich zunächst damit befassen, wie und wodurch Haushalte mit Kindern besonders entlastet werden, d.h. in welchen Bereichen kinderspezifische

Kosten entstehen. Erst wenn eine Minderung dieser Belastungen nicht zu gewährleisten ist sollen direkte Fördermaßnahmen greifen

2.3. Reform der Arbeitswelt

Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bedarf es auch der Förderung durch Unternehmen. Flexiblere Arbeitszeitmodelle, der Ausbau von Telearbeitsplätzen und die konkrete Nutzung neuer Medien um dezentrale Arbeit zu fördern tragen dazu bei, dass neben der Ausübung des Berufes mehr Zeit für die Familie bleibt. Ein familienfreundlicher Betrieb besitzt im Wettstreit um die besten Köpfe oft entscheidende Vorteile und sollte auch dementsprechend z.B. mit einem Gütesiegel gekennzeichnet werden. An die Verleihung eines solchen Siegels („familienfreundlicher Betrieb“) sollten unter anderem folgende Kriterien geknüpft werden:

Firmeneigenen Kindertagesstätten, die sich nach den Arbeitszeiten ihrer Mitarbeiter richten
Unterstützung zur Nutzung von Erziehungs- und Teilzeitarbeitsmöglichkeiten
Telearbeit und flexible Arbeitszeit

Natürlich muss der Vergabe der Kriterien, aber auch der Größe des Betriebes und die Branche berücksichtigt werden, da z.B. der Mittelstand keinen Kindergarten anzubieten hat, aber dafür vielleicht viel flexibler in der Gestaltung der Arbeitszeiten ist, oder eine Schreinerei weniger gut Telearbeit anbieten kann, als etwa eine IT-Firma. Trotzdem sollten engagierte Betriebe gegenüber der Öffentlichkeit für ihre Bemühungen gewürdigt werden. Die Verleihung des Gütesiegels, die Überprüfung der Unternehmen und sonstigen Einrichtungen übernimmt eine öffentliche Stiftung, deren Kuratorium aus Vertretern aus Politik, Gesellschaft und Kultur zusammengesetzt ist.

Neben diesen Maßnahmen soll die Rolle der Väter in der Kindererziehung gestärkt werden. So bedarf es großer Anstrengungen, bis in der Gesellschaft und im Berufsleben die Väter als ebenso aktiver Teil in der Kindererziehung angesehen werden. Noch heute wird eine eventuelle Auszeit des Vater zur Kindererziehung als Ausnahmefall gesehen und nicht selten leidet der Betroffene unter einem starken Imageproblem. Genau hier gilt es durch Unternehmensförderung einen Wandel in der gesellschaftlichen Auffassung herbeizuführen.

3. Familienfreundliche Strukturen

Neben aller finanziellen und beruflichen Förderung ist eine kinderfreundliche Umgebung wichtig für das Aufwachen und die Entwicklung von Kindern. Die Jungen Liberalen wollen mehr Platz zum Leben und Spielen für Kinder. Ausreichend Beschäftigungs- und Spielmöglichkeiten sind gerade in der Innenstadt enorm wichtig. Neben dem Ausbau des ÖPNV - kundenorientierter Service, bessere Verbindungen, regionale Familientickets - sollen innerhalb von Wohngebieten verstärkt verkehrsberuhigte Zonen eingerichtet werden.

Mehr Platz für Familien: Kinder brauchen Freiraum, und das nicht nur im räumlich Sinne. Neben größeren und in der Relation günstigen Wohnungen, die den Familien zur Verfügung stehen müssen, brauchen wir eine vernünftige Infrastruktur. Öde Betonsiedlungen müssen der Vergangenheit angehören, mehr Grün, ausreichend Radwege, Freizeit- und Spielmöglichkeiten abseits von dichtbefahrenen Hauptverkehrsstraßen müssen in den Mittelpunkt kommunaler Stadtentwicklung rücken.

Kinder sind Bürger – ihre Rechte sind Bürgerrechte: Sie sind Teil ihrer Familie und besitzen, wie auch ihre Eltern, eigenständige Grundrechte, für die wir uns als Liberale an dieser Stelle noch

einmal stark machen. Welche Werte Eltern ihrem Nachwuchs vermitteln, muss Privatsache bleiben. Allerdings: Gewalt in der Erziehung ist nie Privatsache, sie verletzt objektiv die Menschenwürde und schlägt in Form neuer Gewalt auf die Gesellschaft zurück.

4. Reform des Bildungssystems

Eine Verbesserung der Familiensituation muss auch gleichzeitig mit einer Reform des Bildungssystems einher gehen. Denn die Schule hat auch die Aufgabe die Familie bei der Erziehung zu unterstützen, was bei dem heutigen Bildungssystem in seinen Strukturen nicht möglich ist. Eine gute Bildung der Eltern ist außerdem die Grundlage für eine gute Erziehung und sie ist ebenfalls eine große Unterstützung bei der Übernahme der Verantwortung, die Eltern bei der Familiengründung übernehmen. Deshalb muss, um langfristig die Erziehung innerhalb der Familie zu verbessern, auch eine Reform des Bildungssystems, z.B. Hauptschule, entsprechend vorgenommen werden.

Karlsruhe, den 6. Juli 2002

Beschluss des Landeshauptausschusses am 6. Juli 2002 in Karlsruhe

„Die FDP muss weiblicher werden.“ – Zielsetzungen und Maßnahmen für alle Parteigliederungen

Der Landes- und Bundesvorstand der FDP wird aufgefordert, innerhalb eines Jahres eine Strategie zu entwickeln, in der Gleichstellungspolitik und Gender Mainstreaming Leitbild werden. Vorrangige Maßnahmen sind

1. **Geschlechtergleichstellung zum Leitbild der FDP erklären!**
Der Landesvorstand der FDP beschließt, dass Gender Mainstreaming ins Leitbild aufgenommen wird. Ein Maßnahmenplan mit Zielvorgaben, Zeitraum und regelmäßigen Fortschrittsberichten wird erstellt. Als erster Schritt werden
 - ?? Schulungen zur Gender Kompetenz für alle Beteiligten durch die Partei oder ihre nahestehenden Stiftungen angeboten werden.
2. **Partizipation von Frauen in der Partei und Politik verbessern!**
In der Partei werden bei allen Entscheidungen
 - ?? die unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen und Männern berücksichtigt,
3. **Mehr Mandate für Frauen bereithalten!**
Liberaler Parteiarbeit und -politik zeichnet sich dadurch aus, dass Frauen gezielt gefördert und verstärkt für Mandate vorgeschlagen werden. Die FDP strebt an,
 - ?? je Regierungsbezirk zumindest eine Frau auf einem aussichtsreichen Listenplatz bei der Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für die Bundestagswahl platzieren.
 - ?? Dies gilt analog auch für andere Wahlen (z.B. Kommunalwahl, Besetzung von innerparteilichen Gremien)
4. **Die FDP entwickelt ein Mentoring-Programm** zur Führungskräfteentwicklung als ein Element der Karriereentwicklung weiblicher Parteimitglieder.
5. **Vereinbarkeit von Partei- und Familienarbeit schaffen!**
Damit politisches Engagement und Familienleben besser vereinbart werden können, werden künftig
 - ?? familienfreundliche Veranstaltungsformen und –zeiten organisiert,
 - ?? kostenlose Betreuungsangebote für Kinder bei Parteiveranstaltungen angeboten.
6. **Frauenforum Landtag einberufen!**
Die FDP und ihre Landtagsfraktion bieten regelmäßige Frauenforen zu Fachthemen und zum Erfahrungsaustausch an. So können sich einzelne Frauen und Initiativen an gesetzgeberischen Initiativen stärker und besser beteiligen, Frauenwissen und –erfahrungen zeitnaher in die parlamentarische Arbeit einfließen.

Karlsruhe, den 6. Juli 2002

Beschluss des Landeshauptausschusses am 6. Juli 2002 in Karlsruhe

Kinderbetreuungskosten

Die FDP fordert die sofortige Wiedereinführung des Sonderausgabenabzugs für hauswirtschaftliche Beschäftigungsverhältnisse in Höhe von € 9250 (ca. DM 18.000).

Karlsruhe, den 6. Juli 2002

Beschluss des Landeshauptausschusses am 6. Juli 2002 in Karlsruhe

Flächendeckende Umsetzung des „Platzverweises“ bei häuslicher Gewalt

Die Landesregierung wird aufgefordert, nachdem der Modellversuch zum „Platzverweis“ bei häuslicher Gewalt abgeschlossen ist, das sog. „Wegweisungsrecht“ flächendeckend umzusetzen. Dabei sind insbesondere die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, die Adressen der betroffenen Frauen an die Beratungsstellen unter Beachtung des Datenschutzes weiterzugeben, damit den Betroffenen rasch ein niederschwelliges Beratungsangebot zur Verfügung steht.

Die Beratungsangebote für psychosoziale Begleitung und Betreuung der betroffenen Frauen in der Krisensituation und danach, wie sie in den Frauen- und Kinderschutzhäusern geleistet wird, müssen weiter gestärkt werden. Auch bei einer Ausweitung des „Wegweisungsrechtes“ werden die Frauen- und Kinderschutzhäuser nicht überflüssig; die beiden Einrichtungen müssen vielmehr ein, sinnvolles, sich ergänzendes Angebot darstellen.

Des weiteren sind geeignete Maßnahmen zu treffen, damit das Wegweisungsrecht auch in Wohnheimen wie z.B. für Asylbewerber oder Spätaussiedler wirksam umgesetzt werden kann.

Karlsruhe, den 6. Juli 2002

Beschluss des Landeshauptausschusses am 6. Juli 2002 in Karlsruhe

Unterhaltsvorschussgesetz - Verbesserungen beim Kindesunterhalt schaffen

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, geeignete Maßnahmen zu treffen, um Verbesserungen beim Kindesunterhalt im Unterhaltsvorschussgesetz zu schaffen. Insbesondere sind die Stadt- und Landkreise aufzufordern, Maßnahmen zur Erhöhung der Rückgriffsquote auf unterhaltspflichtige Väter oder Mütter zu ergreifen (z.B. „Bonusregelung“, Einschalten privater Anwälte), um damit finanziellen Spielraum für eine sachgerechte Ausgestaltung des Unterhaltsvorschussgesetzes zu schaffen. Außerdem müssen Regelungen gefunden werden, damit der Mindestunterhalt bzw. Regelunterhalt nicht gekürzt werden darf um die Anrechnung von Kindergeld entsprechend dem Kindesunterhaltsgesetz.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, via Bundesratsinitiative zu erreichen, strukturelle Verbesserungen im Unterhaltsvorschussgesetz
3. Die Bundespartei bzw. Bundestagsfraktion wird aufgefordert, auf eine Novellierung des Unterhaltsvorschusses in diesem Sinne hinzuwirken.

Karlsruhe, den 6. Juli 2002